

gestützt. Das täuschte bei den großen Taufzahlen über die mangelnde Akkommodation hinweg. Die Missionare und die Verwaltung erweckten den Eindruck, daß sie, jeder in seinem Bereich, dieses alte Brauchtum zerstörten, das bis dahin den Frieden mit dem Schöpfergott und den Ahnen sowie den Frieden in der Familiengruppe sicherte.“ Die Mission hatte nicht genügend ihre innere Unabhängigkeit von der Zivilgewalt demonstriert. Sie hatte nicht genügend gezeigt, daß ihre Lehre, aufbauend auf der Lehre der Alten, imstande war, Gerechtigkeit und Frieden in der Gemeinschaft zu sichern. Die Mission hätte auf dieser lehrhaften Grundlage mit den Betsimisarakas in ein Gespräch kommen müssen. Ein Volk nimmt nicht leicht den Monolog an, woher er auch kommt. Das gilt besonders auf religiös-sozialem Gebiete. — Soweit P. Le Hurt.

Die Mission stößt auch noch in anderen Teilen Madagaskars auf eingeeprägte religiös-soziale Gesamtstrukturen, die der Christianisierung besondere Aufgaben stellen, so bei den Sakalaven an der Westküste. Hier handelt es sich um vom Festland eingewanderte Negerstämme, die sich energisch gegen das Christentum zur Wehr setzen. Aber im allgemeinen verwischen sich allmählich die Besonderheiten, nicht zuletzt unter dem Einfluß der eindringenden westlichen Zivilisation (Individualismus, arbeitsteilige Gesellschaft usw.), die besonders in den Städten tiefgreifende Veränderungen der geistigen Grundhaltung hervorruft. Zu den unerfreulichsten Erscheinungen gehören hier der sich selbst bei der ländlichen Bevölkerung ausbreitende Materialismus und der Einfluß des französischen Laizismus besonders in der einzigen Großstadt Madagaskars, der 200 000 Einwohner zählenden Stadt Tananarivo. Das Vorhandensein spiritistischer Zirkel in fast allen Städten zeigt, daß es aus der religiösen Brauchtumskultur entwurzelte Bevölkerungsschichten gibt, die in der Stadtzivilisation keine neue seelische Beheimatung gefunden haben. Schließlich hat auch das Christentum mit seinen Ideen das geistige Leben der ganzen Insel einschließlich des noch heidnischen Raumes außerordentlich beeinflußt. Die Kirche sieht sich so gezwungen, verschiedene geartete Umwelten mit unterschiedenen Missionsmethoden anzugehen. Die Rassenmischung auf der Insel, die in mehreren Jahrtausenden stattfand und auch heute nicht beendet ist, erschwert zudem das Apostolat in der Erfüllung der Aufgaben der Anpassung. Die Bevölkerung setzt sich heute, wenn man sie nach den morphologischen Grundtypen aufgliedert, zu 37 Prozent aus Abkömmlingen indonesischer, zu 52 Prozent aus solchen negro-ozeanischer, zu 2 Prozent negro-afrikanischer und zu 9 Prozent europäischer Herkunft zusammen. Dazu kommen die Einflüsse der angelsächsischen und lateinischen Einwanderung des letzten Jahrhunderts sowie des Einströmens von Indern und Chinesen aus jüngster Zeit. Madagaskar ist ein Schmelztiigel von Völkern, deren Zusammenwachsen durch den abgeschlossenen Charakter der Insel stets sehr gefördert wurde, neuerdings auch durch die verkehrsmäßige Erschließung und die moderne Organisation der Arbeit.

Die wichtigste Aufgabe der Kirche ist jetzt die beschleunigte Heranbildung eines guten, zahlenmäßig starken Klerus, zumal das Land an fühlbarem Priestermangel leidet. Wenn heute aus politischen Gründen der ausländische Klerus die Insel verlassen müßte, stände die Kirche der Insel vor einer sehr schweren Entwicklungskrise.

Zentralausschuß des Weltrates der Kirchen auf Rhodos Die diesjährige Tagung des 90köpfigen Zentralausschusses des Weltrates der Kirchen, die teilweise unerledigte Probleme der letztjährigen Tagung in Nyborg (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 92) fortzuführen hatte, stand wesentlich im Zeichen der Ehrung der orthodoxen Kirchen. Sie fand auf Rhodos, im Jurisdiktionsbereich des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, und zwar im Castello, der mittelalterlichen Festung des Johanniterordens, statt, wo sie am 19. August eröffnet wurde. Eine Botschaft des gastgebenden Patriarchen sprach die Hoffnung aus, daß diese Tagung zur weiteren Vertiefung des Verständnisses zwischen den Kirchen westlicher und östlicher Tradition beitragen möge. Ein Grußwort des griechischen Königspaares erinnerte an den Apostel Paulus, der vor genau 1900 Jahren auf Rhodos Station gemacht habe. Die Grüße der griechischen Regierung überbrachte Kultusminister G. Voyadzis. Er forderte, man solle mit dem Proselytismus endlich Schluß machen, da er nur Mißtrauen zwischen den Kirchen schaffe. Der Leiter der Abteilung für religiöse Angelegenheiten im Erziehungsministerium, Prof. Basil Ioannides, warnte vor einer Unterschätzung der Schwierigkeiten, die einer Wiedervereinigung im Glauben entgegenständen.

Ehrung der orthodoxen Kirchen

Neben den Patriarchaten von Konstantinopel und der Kirche von Griechenland, Zypern und Kreta waren auch die orthodoxen Patriarchate von Jerusalem, Antiochien und Alexandrien vertreten, und das Moskauer Patriarchat hatte als Beobachter den Dozenten Vitalij Borovoi von der Leningrader Theologischen Hochschule sowie den Referenten vom Außenamt, V. S. Alexeev, entsandt, die beide kurz vorher dem Genfer Generalsekretariat des Weltrates der Kirchen einen längeren Informationsbesuch abgestattet hatten.

Das ganze Programm stand sichtlich im Dienste einer Beschwichtigung der orthodoxen Kirchen, über deren Spannungen zum Weltrat teils aus dogmatischen Gründen (vgl. die kritische Haltung der Kirche von Griechenland in Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 22), teils aus Abneigung gegen die geplante Fusion des Weltrates mit dem Internationalen Missionsrat (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 20 und 222) hier ausführlich berichtet wurde, eine Spannung, die durch die Wirren um die Ankündigung eines Ökumenischen Konzils durch Papst Johannes XXIII. nicht geringer geworden war (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 355 f. und 401 f.). Daher würdigte der Generalsekretär des Weltrates, Dr. Visser 't Hooft, in seinem Rechenschaftsbericht den führenden Beitrag, den gerade die Orthodoxie, vor allem der einstige Patriarch von Konstantinopel, schon seit 1919 für die Entwicklung der Ökumenischen Bewegung geleistet habe. Schon damals erkannten die Orthodoxen, daß eine Einigung in Lehrfragen der zwischenkirchlichen Zusammenarbeit, an der sie interessiert sind, nicht vorausgehen müsse, sondern sehr wohl durch diese Zusammenarbeit gefördert werden könne.

Was insbesondere die Russisch-Orthodoxe Kirche betrifft, so erklärte Dr. 't Hooft auf einer Pressekonferenz, sie sei dabei, den Weltrat der Kirchen zu entdecken, den sie 1948 noch abgelehnt hatte. Der Besuch von Delegierten

des Moskauer Patriarchats in Genf und auf Rhodos werde im Dezember dieses Jahres durch einen Gegenbesuch in Moskau erwidert. Er meinte, daß sich eine ähnliche Entwicklung in den orthodoxen Kirchen Polens, Jugoslawiens, der Tschechoslowakei und Rumäniens anbahnen werde, die ebenfalls bisher dem Weltrat der Kirchen ferngeblieben waren. Es nahmen übrigens auch Vertreter der orthodoxen Kirchen Polens und Jugoslawiens an der Tagung des Zentralaussschusses als Beobachter teil. Um keinen Zweifel daran aufkommen zu lassen, ob dem Weltrat der Kirchen dadurch gewisse politische Belastungen auferlegt würden, erklärte Dr. 't Hooft, daß man sich ebenso wie bisher gegen jede politische Infiltration von Westen wie von Osten abschirmen werde.

Zum Ökumenischen Konzil

Dem Zentralaussschuß lag u. a. auch ein Bericht des Exekutivausschusses über Informationen betreffend das Ökumenische Konzil vor. Darin heißt es, die bisher gewährte Zurückhaltung habe sich als richtig erwiesen, während Vermutungen der Presse, daß das von Papst Johannes geplante Konzil in erster Linie der Frage der christlichen Einheit diene und dazu auch die nicht-römischen Kirchen eingeladen werden sollten, unzutreffend gewesen seien. Der Exekutivauschuß wolle jedoch die weitere Entwicklung mit Interesse verfolgen, da die Führer der Ökumenischen Bewegung einem Ereignis nicht gleichgültig gegenüberstehen könnten, das notwendigerweise auf die Beziehungen der Kirchen untereinander Einfluß haben müsse. Die Beziehungen zur römischen Kirche, heißt es, könnten wesentlich verbessert werden, wenn 1. die Möglichkeit zu breiterer Zusammenarbeit auf dem sozialen Sektor und bei dem gemeinsamen Eintreten für einen gerechten und dauerhaften Frieden gegeben würden; wenn es 2. häufiger zu Gesprächen unter den Theologen komme und wenn 3. alle Kirchen gemeinsam danach streben würden, für alle Menschen in allen Ländern die Freiheit des Glaubens wiederherzustellen.

Eine gewisse Störung der Tagung entstand durch eine übertreibende Reutermeldung, wonach zwei römisch-katholische Beobachter, P. C. Dumont OP von der „Istina“, Paris, und Prof. J. Willebrands, Sekretär der „Katholischen Konferenz für ökumenische Angelegenheiten“, die privatim in Rhodos weilten, in Gesprächen mit orthodoxen Vertretern für kommendes Jahr eine gemeinsame Konferenz in Venedig „zur Klärung der Möglichkeiten einer Union“ vereinbart hätten (vgl. ds. Heft, S. 10 f.).

Ein grundlegendes Referat von Edmund Schlink

Der theologische Höhepunkt der Tagung war das Referat von Prof. Edmund Schlink, Heidelberg, über „Die östlichen und westlichen Traditionen in ihrer Bedeutung für die Christenheit“, ein Thema, das er bereits in der Zeitschrift „Kerygma und Dogma“ von verschiedenen Seiten beleuchtet hatte. Er ging davon aus, daß der Reichtum östlicher und westlicher Liturgie und Kirchlichkeit bedroht wurde, seit man in Anlehnung an die Rechtsgestalt des Römischen Imperiums die Einheit der Kirche in der Einheitlichkeit der Gottesdienste, der dogmatischen Formeln und Ämter zum Ausdruck brachte und sich der politischen Gliederung des Imperiums anpaßte. Sein Verfahren als Lutheraner beruht nun darauf, daß er nicht die eigene Tradition erklären will. Er hält es vielmehr angesichts der bestehenden Entfremdung für den ersten notwendigen Schritt zur Verständigung, daß jeder sich

bemüht, nach der Tradition des anderen zu fragen und sie zu verstehen.

Darum erklärte Schlink den ökumenischen Hörern die Bedeutung der östlichen Tradition für die westliche Christenheit. Er nannte als die drei Grundstrukturen der Ostkirche erstens die Aussageform des Hymnus und der Anbetung, die Doxologie, in die der Glaubende hineinverwandelt werde. Zweitens sei das Dogma in der Orthodoxie primär liturgische Aussage, selbst dort, wo es sich philosophischer Begriffe bediene. Es kenne keine metaphysische Überfremdung. Drittens gebe es bei aller Betonung der Hierarchie nicht nur Über- und Unterordnung, sondern das sie Umfassende bleibe stets die Gemeinschaft, was wiederum der Liturgie entspreche. Was schließlich das Verhältnis zum Staat betreffe, so sei es von der Kirche stets nur als geistlicher Dienst aufgefaßt worden, ohne daß sie je nach politischer Macht getrachtet habe.

Die Grundstrukturen der westlichen Christenheit seien andere. Gegenüber der Doxologie trete das kirchliche Handeln in Wort und Sakrament mit ausgesprochen voluntaristischen Zügen in den Vordergrund. Hinzu kämen weitere dogmatische Entscheidungen mit Aussagen über den Menschen, über die Gnade und die Rechtfertigung auf der Basis der metaphysischen Scholastik, ferner die Bemühung um rechtliche Klärung des Verhältnisses der Kirche zur weltlichen Gewalt bis zum päpstlichen Zentralismus.

Von diesen Voraussetzungen her habe man von einer Schwäche der Ostkirche gesprochen und ihr nachgesagt, sie überlasse durch den Rückzug in die Liturgie die Welt ihrer Eigengesetzlichkeit, sie verzichte auf soziale und rechtliche Gestaltung der Welt zum Schutz des Menschen. Bei der Erörterung dieser Frage dürfe man nicht vergessen, daß die Ostkirche Jahrhunderte hindurch von Arabern, Mongolen und Türken unterdrückt worden sei. Sie könne jederzeit aus ihrer liturgischen Mitte wieder in Vollmacht in die Welt vorstoßen. Aus ihren Grundstrukturen folge nicht notwendig der Verzicht auf Weltgestaltung. Sie habe im Gegenteil in dieser Liturgie die geistliche Kraft, die großen Probleme unserer Zeit der Lösung näherzubringen, u. a. auch die Frage der Wiedervereinigung im Glauben.

Die westliche Christenheit werde dagegen bedenken müssen, daß es bei ihr gerade an den Punkten, an denen man sehr viel weiter gegangen sei als die Ostkirche, zu tiefgreifenden Spaltungen kam. „Je mehr man im Westen die Struktur der Gemeinschaft verließ und je mehr man in allen diesen Fragen die Uniformität und rechtliche Verbindlichkeit der Entscheidung anstrebte und die Einheit der Kirche in der Einheit der Formel suchte, desto mehr ist es zu Spaltungen gekommen.“ Jede dieser Traditionen habe ihre besonderen Gefahren. Sie könnten sich vorzüglich ergänzen und sich gegenseitig vor den Gefahren schützen. „Wir stehen heute in Ost und West vor der Aufgabe, es besser zu machen als die Unionskonzilien des Mittelalters, in denen es im wesentlichen um die Durchsetzung eines dogmatischen Uniformismus und einer zentralistischen rechtlichen Ordnung ging.“

Zum gleichen Thema sprach der griechische Theologe Chrysostom Konstantinides von der Hochschule des Patriarchats in Konstantinopel.

Zur Integration des Internationalen Missionsrates

Die erste Probe auf diese grundsätzliche Einsicht hatte der Zentralaussschuß bei der erneuten Beratung des Planes zu

bestehen, eine Verschmelzung des Weltrates mit dem Internationalen Missionsrat auf der 3. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen Ende November 1961 in Neu-Delhi — nicht, wie früher geplant, in Ceylon — vorzunehmen. Nach dem Bericht des Vorsitzenden des Verbindungsausschusses, Prof. Henry van Dusen, haben bisher zwar erst 46 von 171 Mitgliedsgemeinschaften des Weltrates eine zustimmende Antwort gegeben, doch lasse die sichere Zustimmung von weiteren 55 keinen Zweifel mehr am Gesamtergebnis. Von den 38 Mitgliedern des Internationalen Missionsrates, der nicht aus „Kirchen“, sondern aus freien Missionsgesellschaften wesentlich protestantischer Herkunft besteht, haben bisher 22 zugestimmt, 12 noch nicht Stellung genommen, während 3 ablehnten und aus dem Missionsrat ausgeschieden sind.

Im Rahmen des Integrationsplanes, der von den protestantischen Gruppen des Weltrates konsequent durchgezogen wird, standen Dokumente über die Verfassung der geplanten „Kommission für Weltmission und Evangelisation“, die durch ihre Organe die Tätigkeit des Internationalen Missionsrates übernehmen soll, und eine dementsprechende Verfassungsänderung für den Weltrat der Kirchen zur Diskussion, über die man sich erst nach Veröffentlichung des gedruckten Protokolls ein Bild machen können. Jedenfalls haben in den Aussprachen die orthodoxen Vertreter ihre „ernsten Bedenken“ gegen den geplanten Zusammenschluß wiederholt. Der Vertreter des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Erzbischof Jakovos — neuerdings James von Philadelphia genannt —, bemerkte z. B., daß die orthodoxen Kirchen in dieser Frage zwar eine aufgeschlossene und positive Haltung einzunehmen wünschen und auch weiterhin Mitglieder des Weltrates der Kirchen bleiben wollen, aber dem Zusammenschluß mit dem Internationalen Missionsrat könnten sie im Hinblick auf die „nichtkirchlichen“ Missionsgesellschaften, z. B. die Vereinigte Sudanmission, nicht ohne Besorgnis entgegensetzen. Der Zentralausschuß möge daher seine Entscheidungen so treffen, daß das Wesen des Weltrates als eines Rates von Kirchen nicht verändert wird. Prof. Basil Ioannidis, Athen, warnte ebenfalls: „Wenn es zur Integration kommt, haben wir eine Mammutorganisation“, und es sei doch weithin so, daß der Weltrat in seiner gegenwärtigen Gestalt heute noch nicht von seinen Mitgliedskirchen und den Gemeinden verstanden werde. Ein anderer Sprecher warnte vor den ungünstigen Auswirkungen des geplanten Zusammenschlusses auf die Beziehungen zum Moskauer Patriarchat. Im Namen der Fusionsanhänger bat seinerseits der anglikanische Bischof von Gibraltar die Orthodoxen, sie möchten ihre Haltung überprüfen. Bischof Leslie Newbigin von Südafrika, Präsident des Internationalen Missionsrates, gab den Orthodoxen zu bedenken, daß nicht nur sie allein, sondern auch die protestantischen Kirchen unter dem Bekehrungseifer gewisser Sekten zu leiden hätten und der Internationale Missionsrat eher ein Opfer als ein Angreifer sei. Doch damit konnten die Besorgnisse der Orthodoxen nicht zerstreut werden, daß sie vor allem im Vorderen und Mittleren Orient von protestantischen Gesellschaften als Missionsgebiet betrachtet würden, eine Frage, die näherer Prüfung bedürfte.

Was wird aus „Faith and Order“?

Zu anderen Aufgaben gehörte die Erörterung der hier mehrfach gemeldeten Anliegen der „Kommission für

Glaube und Kirchenverfassung“, von den Hemmungen der Verfassungsänderung von 1952 wieder befreit zu werden (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 289 f.). Die Kommission unterbreitete dem Zentralausschuß entsprechende Vorschläge, die die Voraussetzung für die theologische Erweiterung ihrer Arbeit und für eine stärkere Betonung ihres Hauptanliegens bringen sollen, die kirchliche Einheit in dogmatischer Hinsicht zu fördern: „Wenn der Weltrat der Kirchen die Sache der christlichen Einheit wirksam vertreten will, muß unserer Ansicht nach Glauben und Kirchenverfassung im Brennpunkt seines Wirkens stehen und zum wesentlichen Element seiner organisatorischen Struktur werden“, so heißt es in dem Bericht. Die Vorschläge beinhalten u. a., daß die jetzt der Studienabteilung des Weltrates untergeordnete „Kommission für Glaube und Kirchenverfassung“ erweitert und einem eigenen Direktor unterstellt wird, der u. U. den Rang eines beigeordneten Generalsekretärs bekommen sollte. Auf dieser strukturellen Grundlage soll sich die erweiterte Arbeit von „Faith and Order“ aufbauen.

Im einzelnen wird in dem Bericht angeregt, theologische Gespräche mit „zwei kirchlichen Gruppen“ aufzunehmen, die „unsern Herrn Jesus Christus als Gott und Heiland anerkennen [wie die christologische Basis des Weltrates ohne trinitarische Präzisierung lautet], nämlich der römisch-katholischen Kirche und jenen protestantischen Kirchen, die nicht Mitglieder des Weltrates der Kirchen sind“. Auch sollten zur Förderung dieses Anliegens mehr regionale Konferenzen stattfinden, etwa wie jene vom Jahre 1957 in den USA (vgl. Herder-Korrespondenz 12. Jhg., S. 147 f.). Der derzeitige Vorsitzende der „Kommission für Glaube und Kirchenverfassung“, Professor Douglas Horton, unterstützte die Vorschläge, ebenso wie es Bischof Otto Dibelius tat, der „fair play“ für Faith and Order forderte. Vorerst wurde eine Finanzkommission eingesetzt, die die Kosten dieser Vorschläge prüfen und später darüber berichten soll. Eine Rückwendung zu der schwierigen und in Lund 1952 noch so aussichtsreich erscheinenden Arbeit von „Faith and Order“ neben den leichteren Erfolgen auf dem Gebiete der Organisation und der politischen Parolen dürfte schon als Zugeständnis an die Orthodoxen unabwendbar sein.

Politische Probleme

Aus dem vielseitigen, meist überladenen Arbeitsprogramm des Zentralausschusses sollen wenigstens die wichtigsten Themen auf dem Gebiete der Politik genannt werden. Da ist als erstes ein Wort zum Weltflüchtlingsjahr, dessen sich die Kirchen besonders annehmen sollen. Ferner die erneute Prüfung der Frage, wie man zur Abschaffung der Atomwaffenversuche gelangen könnte, die bereits das bekannte Dokument von Nyborg weitgehend geklärt hatte (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 93). Wesentlich Neues kam diesmal nicht heraus außer einer wiederholten Bitte an die Großmächte, ja nicht einseitig die z. Z. stillgelegten Versuche mit Atomwaffen wiederaufzunehmen. Auch Empfehlungen der „Kommission für internationale Angelegenheiten“ in der Deutschland- und Berlinfrage fehlen nicht, ein Appell an Frankreich, die Algerienfrage schnell zu bereinigen, Vorschläge für eine internationale Vereinbarung über die Erschließung des Weltraumes und die Forderung, der unkontrollierten Bevölkerungsmehrung mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Sonst widmete man sich besonders der Vorbereitung der

3. Vollversammlung des Weltrates, die, wie schon gesagt, wegen politischer Unruhen von Ceylon nach Neu-Delhi verlegt und für Ende November 1961 beschlossen worden ist, obwohl manche Einsprüche dagegen erfolgten, daß die Delegierten des Weltrates dort als Touristen in den modernen Hotels erscheinen, was ihrer Sendung nur abträglich sein könne.

Nicht unerwähnt bleiben darf, daß der frühere Botschafter des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel beim Genfer Generalsekretariat, Erzbischof Jakovos von Melita, jetzt Metropolit der Nord- und Südamerikanischen Diözese der Orthodoxen Kirche mit dem Sitz in Philadelphia, anstelle des verstorbenen Erzbischofs Michael von einem der sechs Präsidenten des Weltrates der Kirchen gewählt worden ist. In den 12 Mitglieder zählenden Exekutivausschuß wurde anstelle des verstorbenen Erzbischofs Ingve Brilioth von Uppsala sein Nachfolger, Erzbischof Gunnar Hultgren, aufgenommen.

**Bischof Dibelius
an Patriarch
Alexius**

Anläßlich des Besuches, den Vertreter mitteldeutscher evangelischer Landeskirchen für zwei Wochen in der Sowjetunion machten, wobei sie auch dem Patriarchen Alexius einen Besuch abstatteten, übergab Landesbischof Mitzenheim von Thüringen am 5. September ein von Bischof Dibelius unterzeichnetes Schreiben des Rates der EKD. Es hat folgenden Wortlaut:

„Gnade und Friede von unserem Herrn Jesus Christus zuvor! Daß jetzt abermals deutsche Bischöfe der Einladung Ew. Heiligkeit folgen und nach Moskau reisen dürfen, gibt mir Veranlassung und Gelegenheit, Ew. Heiligkeit herzliche Grüße und Segenswünsche im Namen der ganzen Evangelischen Kirche in Deutschland auszusprechen.

Der Rat der EKD, an dessen Spitze ich stehe, ist davon durchdrungen, daß das hohepriesterliche Gebet unseres Herrn Jesus Christus in unseren Tagen besonders eindringlich zu den Herzen der Gläubigen spricht: ‚Daß sie alle eins seien, gleichwie du, Vater, in mir und ich in dir!‘ Jeder persönliche Austausch von Bischöfen und anderen leitenden Männern unserer Kirche kann ein wenig zur inneren Einheit der Christenheit helfen. Er kann darüber hinaus dazu beitragen, daß unser aller Füße auf dem Weg des Friedens bleiben.

Wir sehen mit freudiger Erwartung dem Besuch des hochwürdigsten Metropoliten Nikolaj und seiner Begleiter in Deutschland entgegen. Wir hoffen, daß auch dieser Besuch demselben Ziel dienen wird. Die Herzen der Gläubigen in Deutschland sind aufgeschlossenen für jeden Beweis der christlichen Liebe und des respektvollen Verständnisses, der zwischen unseren Kirchen hin und her geht. Genehmigen Ew. Heiligkeit den Ausdruck meiner Ehrerbietung und meiner herzlichen Fürbitte!

Ich bin Ihr Bruder und williger Diener in Christus Jesus, unserm gemeinsamen Herrn.“

Aus der islamischen Welt

**Die Situation
im Irak**

Während der letzten Wochen und Monate schien es, als ob das Vordringen der Kommunisten im Irak (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 443 f.) durch eine vorsichtige, aber entschlos-

sene Politik des Ministerpräsidenten Kassem zum Stillstand gekommen sei. Ein solcher Eindruck konnte dadurch entstehen, daß Kassem die Beteiligung der Kommunisten an der Regierung ablehnte, einige Kommunisten aus der Armeeführung entfernte und Ende Juli sogar eine Entwaffnung des kommunistisch beherrschten „Volkswiderstandes“ anordnete, nachdem es in Kirkuk zu einem bewaffneten Aufstand der Kommunisten gekommen war, bei dem nach nicht prüfbareren Berichten ca. 100 Menschen getötet worden sind. Gleichzeitig wurden „Nationalisten“ — nicht unbedingt Nasseristen — aus den Gefängnissen entlassen und auch solche Personen, die lediglich auf Betreiben der Kommunisten in Haft gehalten wurden. All dieses schienen sichere Anzeichen dafür zu sein, daß Kassem sich entschlossen hatte, sich nunmehr gegen die Kommunisten zu wenden. Dafür sprach auch die Einstellung der ägyptischen Propagandakampagne gegen Kassem.

Leider besteht eine ziemlich große Differenz zwischen den angekündigten Maßnahmen der Regierung und ihren Erfolgen, so daß man manchmal nicht weiß, ob die Regierung nicht in der Lage ist, sich gegenüber den Kommunisten durchzusetzen, oder ob ihre Maßnahmen gegen die Kommunisten vielleicht gar nicht ernst gemeint sind und lediglich dazu dienen sollen, die wirklichen Zustände zu verschleiern. So wird z. B. die Tatsache, daß es so etwas wie eine kommunistische Infiltration gibt, von den Regierungsorganen dadurch aus der Welt geschafft, daß sie sagen, im Irak gebe es gar keine kommunistische Partei — sie sei wie alle Parteien verboten. (Aus diesem Grunde ist es auch ausländischen Korrespondenten verboten, in ihren Presseberichten die „Kommunistische Partei“ zu erwähnen.) Auch bei seinen jüngsten öffentlichen Angriffen gegen die Kommunisten sprach Kassem von Leuten, die in ihren guten Absichten fehlgeleitet worden seien und die sich in blindem Fanatismus zu Taten hätten hinreißen lassen, die dem Staate schaden. Neuerdings spricht er sogar von anarchistischen Elementen, nie jedoch von Kommunisten.

Die Unruhen in Kirkuk

Am 13. Juli 1959 kam es in der nordirakischen Stadt Kirkuk zu Unruhen zwischen Turkmenen (einer türkisch sprechenden Minderheit) und Kurden, an denen die Kommunisten maßgeblich beteiligt waren. Die eigentlichen Ursachen sind so undurchsichtig wie alles im Irak. Die emotionelle Grundlage scheint die traditionelle Feindschaft zwischen Turkmenen und Kurden gewesen zu sein. Die Turkmenen, die als antikommunistisch gelten, hatten in Kirkuk, um die Revolution vom 14. Juli zu feiern, Triumphbögen zu Ehren General Kassem aufgestellt. Damit bekundeten sie, wie es scheint, ihre Hoffnung, daß Kassem mit den Kommunisten abrechnen werde. Die Kommunisten wiederum — in Kirkuk vorwiegend Kurden — hatten angesichts der letzten antikommunistischen Schritte Kassem beschlossen, den 14. Juli nicht zu feiern (ein Beschluß, der in Bagdad in letzter Minute aufgehoben wurde). Die Triumphbögen wurden von Kurden niedergedrückt, und so kam es unvermeidlich zu Zusammenstößen, bei denen die kurdischen Kommunisten bzw. die kommunistischen Kurden ihrerseits die Gelegenheit wahrnahmen, gegen die Turkmenen vorzugehen. Die in diesem Gebiet stationierte 2. Division, die zu 70% aus Kurden besteht, sollte den Turkmenen zu Hilfe kommen, scheint

sich statt dessen aber auf die Seite der Kurden geschlagen zu haben, was nur natürlich war. Auch gilt der inzwischen abgesetzte Kommandant der 2. Division, Daud Jenabi, als Kommunist. Die Unruhen dauerten drei Tage, und erst nachdem Truppen aus Bagdad eingetroffen waren, konnte die Stadt wieder befriedet werden.

Die Unruhen in Kirkuk wirkten sich ungünstig für die Kommunisten aus. Der irakische Militärgouverneur, Achmad Abdi, der gegenüber den Kommunisten eine etwas entschlosseneren Haltung einnimmt, hat nach den Unruhen in Kirkuk ein Waffenverbot für den ganzen Irak erlassen, was einer Entwaffnung der kommunistischen Miliz, des „nationalen Widerstandes“, gleichkommt — vorausgesetzt, daß die Entwaffnung ernstlich durchgeführt wird. Auch Kassem hat sich öffentlich und entschieden gegen die Vorfälle in Kirkuk ausgesprochen, ohne jedoch die Kommunisten beim Namen zu nennen.

Aus den Vorgängen in Kirkuk mußten die Kommunisten erkennen, daß die Zeit für sie noch nicht reif ist. Es erfolgte eine gewisse Revision der Parteilinie, verbunden mit der nötigen Distanzierung von den Vorfällen in Kirkuk und einer neuen Loyalitätserklärung gegenüber Kassem.

Kommunistischer Terror

Ganz im Gegensatz zu dem oft beteuerten Grundsatz, daß die kommunistische Partei den persönlichen Terror ablehne (und dies weniger aus ethischen Überlegungen als aus der vernünftigen Erkenntnis, daß wenigstens in europäischen Staaten der persönliche Terror nie zu greifbaren Erfolgen führt und letzten Endes nur der Polizei nützt), scheint sich im Irak eine Art kommunistisches Terrorregime entwickelt zu haben. Solange die Regierungsorgane nicht tatsächlich eingreifen, ist dieser Terror für die Kommunisten auch ganz nützlich, denn die Feinde der Kommunisten werden auf diese Weise eingeschüchtert.

Trotz der Ankündigung der Regierung, Ordnung schaffen zu wollen, und trotz der neueren Eingeständnisse der Kommunisten, daß gewisse Methoden nicht am Platze seien, wurde noch am 17. Juli in Bagdad die kleine Druckerei der antikommunistischen Zeitung „Bagdad“ von „Demonstranten“ zerstört. Die Zeitung war im Juni verboten worden, durfte jedoch dank der Wendung in der Regierungspolitik wieder erscheinen. (Bezeichnend für die Zustände im Irak ist, daß Kassem von dem Verbot der Zeitung nichts gewußt haben will.) Daß die Druckerei der Zeitung nun zerstört werden konnte, geht zu Lasten der Regierungsorgane, die einen Soldaten zur Bewachung der Druckerei postierten, eine handgreifliche Auseinandersetzung mit den Kommunisten aber nicht wagten. Die Regierung versprach zwar, den Schaden zu ersetzen; derartige Versprechen sind jedoch, wie alle finanziellen Zusagen im Orient, von zweifelhaftem Wert. Tatsächlich wagt heute kaum eine Zeitung, die Kommunisten beim Namen zu nennen.

Der Terror führte ganz ähnlich wie im Libanon zu einer geographischen Aufteilung. Es gibt Quartiere, Städte oder Dörfer, die als kommunistisch gelten, und solche, die nationalistisch sind — die ideale Voraussetzung für einen Bürgerkrieg. Innerhalb der Quartiere übt die jeweils herrschende Partei faktisch die Macht aus.

Der kommunistische Terror ist allerdings nur in begrenztem Maße eine rein kommunistische Angelegenheit. Die Verhältnisse begünstigen diese Methoden, und darüber

hinaus ist nur ein Bruchteil der Beteiligten wirklich Kommunisten, und selbst die „Anregungen“ zu Ausschreitungen müssen nicht immer von der Partei kommen, auch wenn Kommunisten daran beteiligt sind. Es wird hier wohl vor allem anderen das Gesetz der „Straße“ wirksam, die ihre Opfer braucht. Dabei sind nur selten politische Motive ausschlaggebend.

Wie stark sind die Kommunisten?

Niemand vermag heute zu sagen, wie stark die Kommunisten im Irak wirklich sind. Es gibt gewisse Positionen, die von ihnen beherrscht werden. Sie beherrschen das Propagandaministerium, die Gewerkschaften, wenigstens in den Spitzen, die Studenten- und Schülerverbände, die im ganzen Nahen Osten das unruhigste Element sind. Sie beherrschen die von ihnen geschaffenen Massenorganisationen und die Milizen, die angeblich entwaffnet werden sollen. Dabei erweist sich allerdings eines: die Kommunisten sind kaum noch in der Lage, diese Gruppen wirksam zu kontrollieren. Die Zahl der zuverlässigen Parteimitglieder ist so gering, daß man manchmal den Eindruck hat, es gäbe mehr Organisationen als Mitglieder. Die Massen, die heute den kommunistischen Parolen folgen, sind nicht kommunistisch. Diese Massen können sich selbständig machen, sie können sich im Namen der Kommunisten zu Ausschreitungen hinreißen lassen, die keineswegs im Interesse der Partei sind. Dies ist die große Schwäche der Kommunisten, und hier liegt eigentlich auch die Gefahr für den Irak.

Die Politik der Regierung

Völlig undurchsichtig ist die Politik der Regierung, d. h. General Kassem. Es scheint, als ob er das einzige Machtinstrument, das ihm zur Verfügung steht, die Armee, wirklich von Kommunisten freihalten will. Das ist auch die Voraussetzung dafür, daß er überhaupt gegen die Kommunisten vorgehen kann. Die jüngste Rechtswendung im Kurs der Regierung findet ihren einzig ernsthaften Ausdruck darin, daß eine Anzahl von Personen, vor allem von den Anhängern des zum Tode verurteilten Obersten Aref, aus der Haft entlassen worden ist. Das ist nicht ungefährlich; denn diese Leute sind während ihrer Haft kaum zu loyalen Anhängern Kassem geworden. Sie stärken zwar die Kräfte, die gegen die Kommunisten wirken, aber nicht unbedingt die Regierung, die ja schon einmal die Hilfe der Kommunisten brauchte, um mit ihnen fertig zu werden. Alles deutet darauf hin, daß die Regierung zur Zeit nicht gegen die Kommunisten regieren kann, daß sie aber — so scheint es jedenfalls — versucht, ein gewisses Gleichgewicht herzustellen. Die Kommunisten haben allerdings in dem Militärgouverneur des Irak, Achmed Saleh el Abdi, der praktisch der zweitstärkste Mann im Staat ist, einen Gegner gefunden, der ihnen gewachsen zu sein scheint. Abdi geht auf dem „Wege des Gesetzes“ gegen die Kommunisten vor, indem er einige von den Kommunisten geschaffene Organisationen, so z. B. die Dachorganisation der Gewerkschaften oder die „Ausschüsse für die Verteidigung der Republik“, die auf eigene Faust die Ministerien säuberten, auflöste, weil sie „ohne Lizenz“ gegründet worden waren. Welcher Erfolg dem Vorgehen Abdis beschieden ist, bleibt allerdings abzuwarten.

Die Regierung geht heute vor allem gegen einzelne Kommunisten vor, die mit den Gesetzen in Konflikt ge-

raten. Von der kommunistischen Partei scheint sie offiziell keine Kenntnis zu nehmen. Es ist jedoch schon als ein großer Fortschritt anzusehen, wenn die Gegner der Kommunisten sich wieder rühren können.

Die größte Schwierigkeit entsteht Kassem dadurch, daß er über keinerlei politische Bewegung verfügt, die die soziale Revolution, zu der sich Kassem berufen fühlt, durchführen könnte. Er kann nur auf einige Offiziere zählen. Das ist schließlich der Grund dafür, daß eine Situation, so wie sie heute im Irak besteht, entstehen konnte.

Die religiösen Kreise

Fast keine Opposition kommt aus den religiösen Kreisen des Iraks. Kassem selbst betont von Zeit zu Zeit, daß er ein gläubiger Moslem sei, und auch die Kommunisten hüten sich vor jeder offenen Verletzung der religiösen Gefühle der gläubigen Bevölkerung. Religion gilt lediglich als „altmodisch“. Wenn auch Kassem ein gläubiger Moslem ist, so ist er doch „fortschrittlich“. Die Jahresfeier der Juli-Revolution z. B. fiel in diesem Jahre mit den Trauerfeiern für den Kalifen Hussein zusammen, den höchsten Feiertagen der Schiiten. Auf eine Bitte, die Revolutionsfeiern doch um eine Woche zu verschieben, soll Kassem, der ein Sunnit ist, gesagt haben, daß der 14. Juli die Erfüllung der vergeblichen Revolution Husseins gebracht habe, man könne daher beide Revolutionen am gleichen Tage feiern. Nur in Kerbela und Nejef, den heiligen Stätten der Schiiten, sollen am Hauptfeiertag die Dekorationen für die Revolutionsfeier entfernt worden sein, um den schwarzen Fahnen Platz zu machen.

Der Widerstand bei den Schiiten, die zugleich als rückständigste und fanatischste Gruppe anzusehen sind, ist also nicht sonderlich groß. Von den Sunniten hört man überhaupt nichts. Andererseits ist es z. B. eine religiöse Zeitung, „El Fajr el Jadid“, die es wagt, die Kommunisten offen als solche zu titulieren, und laut verkündet, daß die

Grundsätze des Islams nicht mit dem Kommunismus vereinbar sind. (Die Zeitung hat nur eine geringe Auflage. Redaktion und Druckerei wurden im März von den Kommunisten zerstört.)

Ausweisung von Missionaren

Die Christen im Irak leben nach wie vor unbehelligt, doch ist besonders unter den Katholiken die Angst vor einer Machtergreifung der Kommunisten groß. Während die Regierung kaum eine Gelegenheit vorbeigehen läßt, um die christlichen Minderheiten ihrer Sympathie zu versichern, werden zahlreiche ausländische Missionare des Landes verwiesen. Fast alle protestantischen Missionare, die auf dem flachen Lande wirkten (vorwiegend Engländer und Amerikaner), aber auch die französischen „Kleinen Brüder“ und „Kleinen Schwestern Jesu“, die in „Zivil“ und auf dem Lande arbeiteten, wurden ausgewiesen. Ein System läßt sich noch nicht erkennen. Bisher nahm man an, daß die Ausweisungen angesichts der unsicheren Verhältnisse zum Schutze der Missionare selbst geschahen — die Regierung hätte sie außerhalb der Hauptstadt nicht schützen können, und jeder westliche Ausländer ist der Bevölkerung verdächtig. Doch wurden in jüngerer Zeit auch solche Missionare ausgewiesen, die in keiner Weise gefährdet waren, vor allem Amerikaner in Bagdad. Es ist durchaus möglich, daß auch hier keine bestimmte Politik verfolgt wird und die Missionare auf Grund von Denunziationen und mit eben der gleichen Inkonsequenz ausgewiesen wurden, mit der sich seit einigen Monaten (um nicht zu sagen seit dem 14. Juli 1958) alles im Irak abspielt.

Die katholische Kirche wird vorerst wenigstens von den Ausweisungen kaum betroffen werden, da die chaldäische Hierarchie einheimisch ist. Eine gewisse Gefahr besteht jedoch für den Fortbestand der Missionsschulen, wenn die ausländischen Lehrkräfte ausgewiesen werden sollten.

Die Stimme des Papstes

Die Enzyklika „Sacerdotii nostri primordia“ zum hundertsten Todestag des heiligen Pfarrers von Ars

Am 1. August 1959 veröffentlichte Papst Johannes XXIII. eine Enzyklika zum hundertsten Todestag des heiligen Pfarrers von Ars. Ihr Wortlaut ist im „Osservatore Romano“ vom gleichen Tage enthalten. Die Übersetzung der Herder-Korrespondenz aus dem lateinischen Urtext ist mit Zwischenüberschriften versehen, die der italienischen Übersetzung in der gleichen Nummer des „Osservatore Romano“ beigelegt sind. Die Enzyklika beginnt mit den Worten „Sacerdotii nostri primordia“.

Im ersten Teil spricht der Heilige Vater im Anschluß an die drei evangelischen Räte von der priesterlichen Askese. Im zweiten Hauptstück äußert er sich über das Wesen priesterlicher Frömmigkeit, in deren Mittelpunkt die Eucharistie stehen muß. Der dritte Teil behandelt das priesterliche Wirken auf der Kanzel, in der Katechese und im Beichtstuhl. Zum Schluß appelliert der Papst an die Jugend, an die christlichen Familien und an alle Gläubigen, die Priester durch Gebet und Tat zu unterstützen und für den Priesternachwuchs Sorge zu tragen.

An die ehrwürdigen Brüder,
die Patriarchen, Primaten,
Erzbischöfe, Bischöfe
und die anderen Oberhirten,
die in Frieden und Gemeinschaft
mit dem Apostolischen Stuhle leben.

Zum hundertsten Jahrestag des seligen Heimgangs
des heiligen Johannes B. Maria Vianney.

JOHANNES XXIII., PAPST

Ehrwürdige Brüder,
Gruß und Apostolischer Segen!

Ein denkwürdiges Zusammentreffen

Die reichen und tiefen Freuden, die Uns zu Beginn Unseres Priestertums erfüllten, sind in Unserer Erinnerung mit einem Ereignis verbunden, das Uns im Innersten er-